

Wer erklärt das Christentum?

Der konfessionelle Religionsunterricht steht auf der Kippe. Das führt im Kantonsrat zu kulturkämpferischen Tönen.

Christof Ramser

Und dann reckte Beat Künzli eine Bibel in die Höhe. Minutenlang hatte der SVP-Fraktionschef aus Laupersdorf im Kantonsrat den konfessionellen Religionsunterricht verteidigt. Hatte bedauert, dass in den Klassenzimmern keine Gebete mehr gesprochen werden. Und befürchtet, dass mit der Verbanung der Landeskirchen aus den Schulen «die ganze zivilisatorische Stärke des Westens» preisgegeben werde und ein «verheerender Wertezersetzfall» einsetze.

Weil Gott immer mehr aus dem Alltag entfernt werde, sei unsere Gesellschaft ein Schiff ohne Kompass und die Jugend völlig desillusioniert, so Künzli. Der Vorstoss, der im Kantonsparlament zur Debatte stand, rüttelte an den Grundsäulen unseres politischen Systems. Denn es sei das biblische Menschenbild, das den Rechtsstaat, die Freiheit des Individuums oder die Gleichwertigkeit von Mann und Frau begründe, fand der SVP-Mann.

«Grundstein für friedliches Zusammenleben»

Prompt meldete Daniel Urech (Grüne, Dornach) Widerspruch an: Eine grössere Verdrehung von historischen Tatsachen habe er im Kantonsratsaal noch selten gehört. Aufklärerische Werte wie Gleichheit und Freiheitsrechte seien nicht einfach unter freundlicher Förderung der Kirche, sondern gegen deren heftigen und teils blutigen Widerstand durchgesetzt worden. Was Künzli befürchte-



Die Landeskirchen könnten das Monopol für den Religionsunterricht in den Solothurner Schulzimmern verlieren. Bild: Andrea Stalder



SVP-Fraktionschef Beat Künzli. Bild: Bruno Kissling



GLP-Kantonsrätin Nicole Hirt. Bild: Oliver Menge



FDP-Bildungsdirektor Remo Ankli. Bild: Bruno Kissling

te, ist in den meisten anderen Kantonen längst Tatsache: Der konfessionelle Religionsunterricht an der Volksschule wurde durch Fächer wie «Natur – Mensch – Gesellschaft» oder «Ethik – Religionen – Gemeinschaft» ersetzt. In Solothurn erlernen und finanzieren jedoch noch immer die Landeskirchen den Religionsunterricht. Dieser ist freiwillig, wie viele Kinder

ihn besuchen, ist aber nicht bekannt. Tatsache ist jedoch: Das Interesse geht stark zurück, mancherorts wird der Unterricht nur noch von einem Viertel der Kinder besucht. «Der Rest erhält weder einen konfessionellen noch einen neutralen Religionsunterricht und wird während dieser Zeit von einer anderen Lehrperson gehütet», warb Nicole Hirt (GLP, Gren-

chen) für ihren Auftrag zur Trennung von Kirche und Staat.

Weihnachten ist keine Erfindung der Wirtschaft

Dieser sei kein Angriff auf Werte, sondern solle den Grundstein legen für das friedliche Zusammenleben der Gesellschaft. Zudem hätten die Landeskirchen weiterhin Zutritt zu den Schulen, halt bloss an freien Nach-

mittagen oder Samstagen. Das ist im Sinne der Ratslinken: Indem allen Kindern konfessionsneutrales Basiswissen über Religionsgemeinschaften vermittelt werde, könne Extremismus und Radikalisierung vorgebeugt werden, sagte Angela Petiti (SP, Solothurn). So schaffe man Verständnis für die verschiedenen Kulturen auf der Welt, ergänzte Rebekka Matter-Linder (Oekingen). Alle sollten wissen, warum sie am Karfreitag frei haben und dass Weihnachten keine Erfindung der Wirtschaft sei, um den Geschenkverkauf anzukurbeln, argumentierte die Grünen-Kantonsrätin.

Ähnlich argumentierte die Gegenseite, die den konfessionellen Religionsunterricht beibehalten will. Nur wenn dieser weiterhin von den Landeskirchen erteilt werde, würden die Kinder lernen, dass Ostern nicht bloss Schoggihasen und Stau am Gotthard bedeute, sondern einen christlichen Hintergrund habe, so André Wyss (EVP, Stüsslingen).

Der Regierungsrat unterstützt die Stossrichtung des Auftrags. Alle Schülerinnen und Schüler sollten sich nebst Ethik und Gemeinschaften auch mit Religionen auseinandersetzen, sagte FDP-Bildungsdirektor Remo Ankli. Allerdings will die Regierung zuerst prüfen, welche Kosten der Systemwechsel verursacht. Hirt zog ihren Originalauftrag zugunsten dieses Prüfungsauftrags zurück. Diesen hat der Kantonsrat mit 61 gegen 34 Gegenstimmen, neben der SVP vereinzelt auch aus der Mitte und der FDP, erheblich erklärt.

Letzte Ruhestätte für Sternenkinder

Tot- und Fehlgeburten Jede Person hat das Anrecht auf eine würdige Bestattung. Das gilt jedoch nicht für tot- oder fehlgeborene Kinder. Weil sie noch keine Rechtspersönlichkeit haben, konnten sie im Kanton Solothurn bisher nur in Ausnahmefällen eine letzte Ruhe auf Friedhöfen finden. Nur wenige Gemeinden wie Olten hatten dieses Recht bisher festgeschrieben. Eine kantonale Bestimmung fehlte.

Am Mittwoch hat der Kantonsrat einer Revision des Sozialgesetzes einstimmig grünes Licht gegeben. Für Eltern im Trauerprozess sei ein Ort zum Gedenken wichtig, sagte Nadine Vögeli (SP). 350 Frauen brächten in der Schweiz jedes Jahr ein Kind tot zur Welt, zudem werden 20'000 Fehlgeburten gezählt, dies bei hoher Dunkelziffer. Stephanie Ritschard (SVP) wertete den Schritt als Zeichen für Menschlichkeit und Respekt. Angestossen wurde die Gesetzesänderung von André Wyss (EVP). Er war erleichtert, dass Sternenkinder nun unabhängig vom Wohnort bestattet werden können. (cra)

Was kostet ein Vorstoss?

Session Der Pendenzenberg im Kantonsrat nimmt nicht ab. Vor dem Start der Mai-Session waren 114 Geschäfte (davon 55 Aufträge) pendente. Am ersten Sessionstag wurden bereits wieder sieben neue Vorstösse eingereicht. Mit einem Vorstoss wollte die FDP erreichen, dass künftig die Kosten, welche die einzelnen Vorstösse verursachen, ausgewiesen werden müssen.

Die Idee dahinter: Wenn den Parlamentariern diese Kosten bewusst gemacht werden, würde man es sich vielleicht besser überlegen, einen Vorstoss einzureichen. FDP-Fraktionschef Markus Spielmann (Starrkirch-Wil) sagte in der Debatte dazu: «Es geht uns nicht darum, jemandem den Mund zu verbieten. Ich glaube auch nicht, dass jemand, der einen Vorstoss einreichen will, mit dieser Massnahme davon abgehalten wird. Aber wir sollten uns trauen, in den Spiegel zu schauen und zu wissen, was wir für Kosten verursachen.»

Die Mehrheit im Parlament sah das aber anders. Grünen-Sprecherin Anna Engeler (Olten) etwa: «Es geht hier darum, den Parlamentsmitgliedern ein schlechtes Gewissen zu machen. Aber Demokratie darf und soll etwas kosten.» SVP-Fraktionschef Beat Künzli meinte, dass die Geschäftslast im Solothurner Parlament nicht dramatisch sei im Vergleich zu anderen Kantonen. «Vorstösse haben eine zentrale Funktion im Staatswesen und können dazu führen, dass Kosten gesenkt und verhindert werden. Die generierten Kosten dürfen nicht isoliert betrachtet werden.»

Mit 71 zu 26 Stimmen lehnte der Rat die FDP-Forderung ab. Im Aargau, wo die Kosten standardmässig ausgewiesen werden, kostet ein Vorstoss im Schnitt 1400 Franken. (kam)

«Unsensibel und fragwürdig»

Die Wahl von Silvio Jeker in eine vorberatende Kommission sorgte im Kantonsrat für Kritik.

Adrian Kamber

Am Mittwoch wählte der neu zusammengesetzte Kantonsrat die Mitglieder für die verschiedenen Kommissionen. Eigentlich ein Routinegeschäft, bei dem die Kantonsräte kommentarlos ihre Zustimmung mit einfachem Handrücken geben. Vor der Wahl der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission (Umbawiko) ergriffen aber gleich mehrere Fraktionen



in das Wort. Denn zu den 15 Mitgliedern soll auch Silvio Jeker (SVP) gehören. Schon die Tatsache, dass er nun im Kantonsrat sitzt und seine Frau Sibylle Jeker ab August im Regierungsrat, sorgte nach ihrer Wahl für Kritik von Mitte-Links. Rechtlich ist diese Konstellation jedoch erlaubt.

Mittlerweile ist klar, dass Sibylle Jeker das Volkswirtschaftsdepartement übernehmen wird. Dass Ehemann Silvio nun ausgerechnet in der Kommission Einsitz nehmen will, wo viele

Geschäfte im Zusammenhang mit Sibylle Jekers neuem Departement beraten werden, sorgte für Unmut. «Die Zuteilung von Silvio Jeker in diese Kommission ist unsensibel und fragwürdig. Da hätten wir uns mehr Fingerspitzengefühl der SVP erwünscht», so SP-Co-Fraktionschefin Silvia Fröhlicher.

Auch Mitte-Fraktionspräsident Fabian Gloor merkte an: «Wir erachten die Gesamtsituation als ungeschickt und in gesteigertem Masse mit der Umbawiko.» Und Grünen-Fraktionspräsidentin Anna Engeler versicherte, dass ihre Partei «genau hinschauen» werde.

SVP-Fraktionschef Beat Künzli hob darauf nochmals hervor, dass es rechtlich unproblematisch sei und die beiden Betroffenen versichert hätten, sich an ihre jeweiligen Verschwiegenheitspflichten zu halten. Schliesslich stimmte der Kantonsrat, inklusive der Kritiker, der Wahl von Silvio Jeker in die Umbawiko zu.

Trump-Zölle drücken auf die Stimmung

Der aktuelle Solothurner Wirtschaftsbarometer zeigt: Die Industrie leidet, den Baufirmen geht es hingegen gut.

Daniel Vizentini

Die ersten Folgen von Donald Trumps Zoll-Chaos machen sich in der Solothurner Wirtschaft bemerkbar. Die Firmen der Region waren schon ohne Schwung ins Jahr gestartet, wie der letzte Wirtschaftsbarometer Ende Januar aufzeigte. Wegen den Verwerfungen auf dem Weltmarkt gelang es ihnen auch im zweiten Quartal nicht, grossartig Fahrt aufzunehmen.

Diese Einschätzung geben die Solothurner Handelskammer und der kantonale KMU- und Gewerbeverband in einer gemeinsamen Mitteilung bekannt. Der von ihnen zusammengestellte Solothurner Wirtschaftsbarometer, regelmässig veröffentlicht seit 2021, ist das Ergebnis einer Umfrage unter den Unternehmen im Kanton jeweils zu Quartalsbeginn. 264 Firmen haben dieses Mal ihre Einschätzung gegeben betreffend unter anderem der Auf-

tragslage, Auslastung, Produktnachfrage aus dem In- und Ausland oder Personalbestand.

Auffallend ist in diesem Quartal das negative Ergebnis bei der Auslandsnachfrage: In einer Skala von -100 bis +100 Punkte liegt sie bei -11. Handelskonflikte schaffen Unsicherheit, die Unternehmen verhalten sich entsprechend vorsichtig, zögern Entscheidungen hinaus, halten Investitionen zurück.

Die Exporte stützen tut «die weniger konjunktursensitive Pharmaindustrie», wie es im Dokument zum aktuellen Solothurner Wirtschaftsbarometer heisst. Dazu sorgt die nach wie vor robuste Binnennachfrage für eine stabile Basis. Haupttreiber davon sei das Bevölkerungswachstum. Im Inland wird rege konsumiert – und vor allem gebaut.

Das Solothurner Baugewerbe meldet entsprechend positive Aussichten. Treiber seien die wieder gesunkenen Zinsen und

der Nachholbedarf im Wohnungsbau. «Nachdem im vergangenen Jahr vor allem das Baunebengewerbe zu überzeugen vermochte, zeigt sich für 2025 auch das Bauhauptgewerbe wieder optimistisch.»

Gut gehe es auch dem Solothurner Dienstleistungssektor, darunter vor allem der Informationsbranche oder den Finanzinstituten. Bei der Industrie gibt es grosse Unterschiede: Während der Bereich Medizinaltechnik mit +34 Punkten nach wie vor stark abschneidet, bleibt die Lage bei der Metall-, Elektro- und Maschinenindustrie (-5), der Kunststoffindustrie (-18) oder dem Papier- und Druckgewerbe (-20) angespannt.

Die Umfrage zeigt auch, dass die Solothurner Unternehmen bei der Personalrekrutierung zurückhaltend bleiben. Wegen der unsicheren Lage verzichteten viele Betriebe auf Neueinstellungen. Abgänge werden oft nicht ersetzt.